

Grossratsgeschäfts-Nummer: 20 / BS 2 / 27
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: SK

Bericht der Kommission zur Vorberatung der Richtlinien des Regierungsrates des Kantons Thurgau für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2020 - 2024

Zusammensetzung der Kommission

Präsident: Diezi Dominik, Stadtpräsident, Dr. iur., RA, Stachen/Arbon

Mitglieder: Altwegg Isabelle, dipl. Finanzexpertin NDS HF, Sulgen
Ammann Reto, Unternehmer, lic. oec. HSG, Kreuzlingen
Bétrisey Karin, dipl. Ing. ETH, Raumplanerin, Kesswil
Brühwiler Koni, Fahrlehrer, Frasnacht
Bühler Peter, Betriebsökonom HWV, Ettenhausen
Hasler-Roost Cornelia, Marketing- und Kommunikationsfachfrau, Aadorf
Keller Heinz, Gemeindepräsident, Kradolf
Koch Christian, Bezirksrichter, lic. iur., RA, Matzingen
Mühlemann Stefan, dipl. Hotelmanager NDS/HF, Guntershausen b. Aadorf
Rickenbach Elisabeth, Pflegefachfrau HF, Thundorf
Rüegg Jost, Techniker TS, Kreuzlingen
Schär Urs, Meisterlandwirt, Eggethof, Langrickenbach
Walther René, Gemeindepräsident, Landschlacht
Wattinger Ralph, Bereichsleiter Holzbau, Roggwil

Beobachter: Schenk Peter, Unternehmer Spezialtiefbau, Zihlschlacht

Vertreter der Staatskanzlei und der Departemente

Staatsschreiber Dr. Paul Roth
Regierungsrätin Monika Knill, Chefin DEK
Regierungsrätin Carmen Haag, Chefin DBU
Regierungsrätin Cornelia Komposch, Chefin DJS
Regierungsrat Walter Schönholzer, Chef DIV
Regierungsrat Urs Martin, Chef DFS

Silvana Tschudi, Fachspezialistin Kanzleidienste
Protokollführerin für den Bereich Staatskanzlei
Nicole Wullschleger, Controllerin DEK
Protokollführer für den Bereich DEK
Claudia Mathias, Stv. Generalsekretärin DBU
Protokollführerin für den Bereich DBU

Alex Fey, Stv. Generalsekretär DJS
Protokollführer für den Bereich DJS
Véronique Junghans, Assistentin DIV
Protokollführerin für den Bereich DIV
Daniel Ruf, Generalist Generalsekretariat DFS
Protokollführer für den Bereich DFS

Die Kommission zur Vorberatung der Richtlinien des Regierungsrates (RRL) für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2020 – 2024 behandelte die Vorlage in drei Sitzungen und dankt den Vertretern der Staatskanzlei und der Departemente für die Begleitung der Verhandlungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission hat nach der Behandlung der Richtlinien aller Departemente einstimmig beschlossen, dem Grossen Rat zu beantragen, von den RRL für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2020 - 2024 in zustimmenden Sinne Kenntnis zu nehmen.

Allgemeines

Wohin der Regierungsrat längerfristig steuern will, hat er 2019 erstmals mit der Erarbeitung der Strategie Thurgau 2040 definiert (siehe im Detail unten im Bericht). Sie diente bei der Erarbeitung der RRL 2020-2024 als Orientierung für eine mittel- und langfristige Perspektive. Auf der Basis der Strategie Thurgau 2040 sollen entlang diesem roten Faden mittels den RRL in Vierjahresetappen die längerfristigen Ziele erreicht werden. Die RRL selbst bilden ein wichtiges Planungs-, Führungs- und Arbeitsinstrument für den Regierungsrat, um den Kanton weiterzuentwickeln. Von besonderer Bedeutung sind sie auch für die Ämter und alle Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Sie haben einen wichtigen Stellenwert für den Führungsprozess allgemein bis hin zu den Jahreszielen, die mit jeder Amtsleitung vereinbart werden. In diesem Prozess werden die Legislaturmassnahmen jeweils auf einen Jahresrhythmus heruntergebrochen. Der Regierungsrat berichtet jährlich über den Stand der Umsetzung der Ziele im Geschäftsbericht, nach zwei Jahren anlässlich einer Zwischenbilanz und nach vier Jahren beim Rückblick. Die RRL dienen somit auch als Massstab, woran das Handeln der Regierung zu messen ist.

Bei den aktuellen RRL wurde das Motto "Stufen und Treppen" gewählt. Der Regierungsrat will den Kanton Thurgau zusammen mit den Mitarbeitenden der Verwaltung, mit dem Parlament sowie der gesamten Bevölkerung weiterbringen. Das soll nicht mit Schnellschüssen von einem Tag auf den nächsten geschehen, sondern Schritt für Schritt oder Stufe um Stufe nach oben, zusammen mit und für die Bevölkerung.

Die RRL durchliefen einen rund eineinhalbjährigen Entstehungsprozess. Dabei wurde die Regierung auch von einem externen Moderator unterstützt. Es kam zu einem Zusammenspiel von Top-down- und Bottom-up-Prozessen: Der Top-Down-Ansatz wurde bei der Erstellung der Schwerpunkte und Herausforderungen durch den Regierungsrat gemeinsam mit den Generalsekretären angewendet. Der Bottom-up-Ansatz kam bei der Erstellung der Massnahmen durch die Departemente zum Zuge. Dem Regierungsrat war es wichtig, dass die RRL nicht nur von oben herab entstehen und von den Ämtern nur noch umgesetzt werden müssen, sondern dass diese bei der Ausgestaltung mitbeteiligt werden und somit die Umsetzung der Massnahmen mittragen.

Die Beratung der RRL erfolgt gemäss § 40 Abs. 2 der Kantonsverfassung durch den Grosse Rat. Der Grosse Rat hat verschiedene Möglichkeiten der Kenntnisnahme: zustimmend, ablehnend oder ohne Wertung. Eine direkte Einflussnahme des Grossen Rates auf die RRL als strategisches Führungsinstrument des Regierungsrates ist nicht möglich. Der Regierungsrat wird nach eigenem Bekunden aber sehr offen aufnehmen, was aus der parlamentarischen Diskussion, aus der Vorberatung und der Plenumsberatung resultiert. Die direkte parlamentarische Einflussnahme kann während der Legislatur mittels parlamentarischen Vorstössen erfolgen. Es wäre auch wünschenswert, wenn bei einem Vorstoss auf die konkreten Massnahmen aus den RRL verwiesen würde.

Rückblick RRL 2016-2020

Der Rückblick auf die RRL 2016-2020 bzw. die entsprechende Zielerreichung ist nicht mehr als Anhang zu den RRL 2020-2024 abgedruckt. Der Rückblick kann als umfassendes Dokument von 59 Seiten von der kantonalen Homepage heruntergeladen werden. Darin wird dargelegt, welche Massnahmen aus Sicht des Regierungsrates ganz, teilweise oder gar nicht erreicht wurden. Die RRL 2016-2020 umfassten die vier Schwerpunkte: Spielräume nutzen und erweitern; Chancen erkennen und Entwicklungen steuern; Ressourcen erhalten und entwickeln; Wissen und Können erschliessen und nutzen. Erfreulicherweise konnten von den 169 Massnahmen per Ende Legislatur 130 Massnahmen, also rund 75 %, umgesetzt und abgeschlossen werden. 33 Massnahmen (19.5 %) wurden teilweise umgesetzt oder konnten noch nicht abgeschlossen werden. Lediglich sechs Massnahmen konnten nicht umgesetzt werden, weil sie teilweise nicht erreicht werden konnten oder obsolet wurden.

Höhepunkte der Umsetzung sind aus der Sicht des Regierungsrates:

DIV

- Die Ressourcenprojekte AquaSan und PFLOPF, die acht Jahre andauern und bei denen es um die Erzielung einer Reduktion des Pflanzenschutzmittels geht.
- Im Bereich Wirtschaft sorgen Initiativen wie "Leben statt Pendeln" dafür, Arbeitskräfte im Kanton zu halten.
- Im ÖV ist der markante Ausbau im Rahmen des Fahrplanwechsels 2018 in Erinnerung.
- Im Energie-Bereich sticht die Umsetzung der MuKE 2014 hervor.

4/34

- AGI und Informatik: Es wurde klar, welche Hürden abzubauen sind, um die Verwaltung zu digitalisieren.

DEK

- Der ganze Bereich der Fachhochschule Ost konnte geregelt werden.
- Revision des Beitragsgesetzes: die Austarierung der Beiträge der Schulgemeinden, die man neu justiert hat. Das neue Beitragsgesetz ist auf den 1. Januar 2020 in Kraft getreten.
- Die gesamte Museumsplanung und das Museumskonzept wurden in der vergangenen Legislatur erarbeitet und werden auch in der kommenden Legislatur beschäftigen.
- Die Strategie Mittelschule wurde erarbeitet und in Umsetzung gebracht. Darin wurden die Schwerpunkte der Mittelschulen neu gesetzt im Sinne einer Ergänzung zu den verschiedenen Angeboten an den verschiedenen Schulen.

DFS

- Die Steuergesetzrevision wurde durchgeführt.
- Im Gesundheitswesen war die Weiterentwicklung der Spitex ein wichtiges Thema.
- Das Geriatrie- und Demenzkonzept wurde überarbeitet und ist nun im Sinne einer integrierten Massnahme in Umsetzung begriffen.

DJS

- Die Organisation im Asylwesen (Bundesasylzentrum) hat das Departement sehr beschäftigt;
- zudem die Reorganisation der Kantonspolizei und der Zivilstandsämter.
- Das Feuerschutzgesetz wurde revidiert. Es handelte sich dabei um eine grosse Revision, die nächstens mit der Revision der Feuerschutzverordnung abgeschlossen wird.
- Die Jagdgesetzgebung wurde revidiert; sie wurde im Jahr 2017 durch den Grossen Rat verabschiedet.

DBU

- Die Revision des kantonalen Richtplans konnte verabschiedet werden.
- Das Gesamtverkehrskonzept wurde überarbeitet.
- Das Generelle Projekt zur BTS konnte dem Bund übergeben werden.
- Das Thurrichtprojekt, das den Hochwasserschutz und die Revitalisierung der Thur aufzeigt, ist erarbeitet worden.

Eintreten

Die RRL wurden in der Kommission gut aufgenommen und als sehr ansprechend bezeichnet: Lesbar, prägnant, kurz und verdichtet. Vereinzelt vermisste man die Kurzversion oder hätte eine weitere Verdichtung begrüsst. Die grafische Aufbereitung wurde gelobt. Die Fotos haben eine Aussagekraft und verfügen über einen grossen künstlerischen Wert. Es ist nicht nur trockener Text, sondern man hat sich überlegt, welches Bild zu welchem Schwerpunkt passt. Die Idee des Leitmotivs wurde als sehr gelungen bezeichnet und gibt den RRL einen schönen Zusammenhalt. Betont wurde, dass die RRL ein wichtiges Arbeitsinstrument des RR darstellen würden. Angemerkt wurde, dass die aufgeführten Massnahmen unterschiedliche Flughöhe hätten. Einzelne vermissten die Bezugnahme auf die christlichen Grundwerte. Weiter wurde angeregt, die Schwerpunkte

der einzelnen Departemente prominent aufzuführen. Einzelne Mitglieder vermissten einen Einbezug der Kantonsräte und –innen in den Entstehungsprozess, was andere Mitglieder unter Verweis auf den strategischen Charakter der RRL als Arbeitsinstrument des RRL gerade ablehnten. Das Eintreten war in der Kommission unbestritten.

Detailberatung

S. 6, 1. Vorwort

keine Bemerkungen

S. 14, 2. Strategie Thurgau 2040

Die Strategie Thurgau 2040 ist bereits 2019 veröffentlicht worden und liegt diesem Bericht bei. Eine Diskussion im Grossen Rat hat leider nie stattgefunden. Die Gründe dafür lassen sich heute nicht mehr eruieren. Die Strategie Thurgau 2040 ist eine langfristige Vorstellung mit einer strategischen Vision, die nicht nur auf eine Legislatur ausgerichtet ist. Es ist wie eine grosse Menükarte, die für jeden etwas beinhaltet, wenn man darin blättert. Die Kunst besteht darin, bei der Legislaturplanung diejenigen Häppchen auszuwählen, die verdaubar sind und die aneinandergereiht den Kanton in den nächsten 20 Jahren weiterentwickeln. Die Erarbeitung der Strategie erfolgte unter Einbezug der Öffentlichkeit. Es wurden Interviews mit der Bevölkerung durchgeführt, teilweise spontan auf der Strasse. Aber auch Verbände und Organisationen wurden eingeladen, ihre Visionen, wohin sich der Kanton bis ins Jahr 2040 entwickeln soll, mitzuteilen. Parallel dazu wurden die damit verbundenen Herausforderungen und Problemstellungen abgefragt. Es wurde auch besprochen, was für gut befunden und unbedingt erhalten bleiben soll. Der Aufbau ist wie folgt gestaltet: Die Vision bildet den Ausgangspunkt, darunter folgen die Erfolgsfaktoren und daraus werden die Schlüsselthemen und –initiativen abgeleitet. Bezüglich der Vision sind nebst dem Leitsatz "Andersartiger, exklusiver Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum am Bodensee" vier strategische Ziele definiert: 1. Andersartiger exklusiver und sicherer Lebens- und Kulturraum mit ausgeprägter landschaftlicher Qualität nahe urbanen Zentren 2. Kraftvoller Wirtschaftsstandort mit gutem Branchenmix und besonderer Mentalität – auch für digitale Netzwerk-Arbeiter 3. Neuer ländlicher Raum für Verbindung von Leben und Arbeiten, Terroirlandwirtschaft, Tourismus und Gesundheitsdienstleistungen 4. Dynamischer, eigenständiger und sympathischer Kanton als Brückenbauer zwischen Ostschweiz, Zürich und Süddeutschland-Vorarlberg. Weiter sind die Erfolgsfaktoren aufgeführt. Zu den vierzehn Erfolgsfaktoren kann zusammengefasst ausgeführt werden, dass sie aufzeigen, was den Kanton Thurgau heute oder in Zukunft ausmacht bzw. ausmachen wird. Sie bilden zudem ab, worin sich der Kanton Thurgau von den anderen Kantonen unterscheidet. Weiter wurden fünf Schlüsselthemen gewählt: 1. Neuen ländlichen Raum entwickeln und verankern 2. Wirtschafts- und Bildungsstandort Thurgau gezielt ausbauen 3. Thurgauer Interessen nach aussen strategisch vertreten 4. Den Thurgau in Wert setzen 5. Thurgau-Dynamik und -Zusammenhalt stärken. Von jedem Schlüsselthema wurden wiederum mehrere Schlüsselinitiativen abgeleitet, die ganz

6/34

konkrete Handlungsfelder aufzeigen. Darunter werden mögliche Umsetzungsthemen aufgezeigt, die als Basis für die Erarbeitung der Regierungsrichtlinien beigezogen werden können.

S. 18, 3. Herausforderungen

keine Bemerkungen

S. 22, 4. Übersicht Schwerpunkte

Der Bezug auf die Strategie Thurgau 2040 ist klar ersichtlich und es ist erfreulich, dass diese aufeinander abgestimmt wurden. Unglücklich erscheint, dass aus den fünf Schlüsselthemen der Strategie in den RRL vier Schwerpunkte werden. Die regierungsrätliche Begründung, man habe sich da an den vier Schwerpunkten der RRL 2016-2020 orientiert, vermag nicht so recht zu überzeugen. Was die angesprochenen Spannungsfelder zwischen den einzelnen Zielen anbelangt („bipolarer Charakter“), wurde in der Kommission angeregt, diese Zielkonflikte inskünftig klar herauszuarbeiten und mögliche Wege zur Überwindung darzustellen.

S. 26, 5. Schwerpunkte des Regierungsrates

Für jeden der vier Schwerpunkte formuliert der Regierungsrat jeweils Herausforderungen und Ziele. Danach werden departementsspezifisch die Massnahmen festgelegt. Nachfolgend wird die Quintessenz der vor der Kommission gemachten zusätzlichen Erläuterungen der Regierung bzw. der geführten Diskussionen zu den einzelnen Massnahmen wiedergegeben.

S. 26, 5.1 Schwerpunkt 1: Lebensraum und Lebensqualität weiterentwickeln

In der Kommission wurde angeregt, die Bevölkerung zu sensibilisieren, dass weniger auch mehr sein kann. Eine Reduktion könnte auch gewinnbringend sein. Angesprochen auf die Elementarereignisse führt der Regierungsrat aus, dass Herausforderung sein wird, was unternommen werden kann, um sie besser in den Griff zu bekommen. Weiter wurde in der Kommission die Frage aufgeworfen, warum die Working Pools nicht erwähnt sind. Gemäss Regierungsrat ist dieses Thema tatsächlich nicht in den RRL enthalten. Die Regierung wird dieses Thema nicht aus den Augen verlieren, auch wenn es nicht in den RRL ist. Die Regierung möchte nicht, dass man denjenigen mehr gibt, die schon viel haben. Die Gesellschaft ist nur so stark wie das schwächste Glied.

7/34

S. 26, 5.1.3.1 Staatskanzlei (SK)

keine Bemerkungen der Kommission

S. 26, 5.1.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)

"Der Kanton erarbeitet gestützt auf das Bahnangebotskonzept 2025 des Bundes ein Konzept 'Öffentlicher Regionalverkehr 2025– 2030'."

Gemäss Regierungspräsident geht es nicht um ein Infrastrukturkonzept. Es geht um das Vernetzen, das Abstimmen von Regionalverkehr Bus und Bahn. Vieles gibt der Bund bereits vor. Das Konzept regelt, wie der Thurgau es umsetzen will und wo die Schwerpunkte gelegt werden. Das ÖV-Angebot muss allerdings auch bezahlbar bleiben. Bisher konnten die Gemeinden die Kosten gut mittragen. Nun ist man an einem Punkt angelangt, wo sich das Kosten- /Nutzenverhältnis verändert. Die Digitalisierung und Corona werden im ÖV zu anderen Strömen und Herausforderungen führen.

"Der Kanton fördert die Nutzung lokaler erneuerbarer Energien, der Abwärme und der Umweltwärme sowie die Erhöhung der Energieeffizienz."

Gemäss Regierungspräsident geht es um die vermehrte Nutzung der Bodenseewärme und die Förderung des Baus grosser Solaranlagen. Es geht um die wirklich grossen Solaranlagen, bei welchen noch ein erhebliches Potential besteht und der Thurgau noch nicht dort ist, wo man gerne wäre.

"Der Kanton stellt verlässliche, kostenlose und frei verfügbare Geodaten in guter Qualität bereit als Grundlage für fundierte Ist-Analysen und Soll-Szenarien."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert im Hinblick auf eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung die Verfügbarkeit geeigneter Flächen für interessierte Unternehmen."

Gemäss Regierungspräsident geht es ums Arbeitszonenmanagement: Man will wissen, wo noch unbebaute Industriearale oder Industriebrachen liegen. Die aktuell rudimentären Unterlagen sollen verbessert werden. Erst in einem zweiten Schritt sollen die möglichen Flächen verortet werden (strategisches Arbeitszonenmanagement). Es muss verhindert werden, dass die noch vorhandenen Flächenkontingente zu schnell vergeben werden. Die Flächen müssen bis 2040 reichen. Daher liegt der Fokus auf bereits eingezonten Flächen und Industriebrachen. Allenfalls gibt es durch den wirtschaftlichen Wandel auch neue Freiräume.

"Der Kanton schafft strukturelle Voraussetzungen für den Erhalt und die Bewirtschaftung des Kulturlandes durch entwicklungsfähige Landwirtschaftsbetriebe."

Gemäss Regierungspräsident geht es einerseits um Güterzusammenlegungen im Raum Mittel- und Oberthurgau, andererseits um schwierige Themen wie Ammoniakemissionen versus Siedlungsnähe und dezentrale Siedlung etc. Die Güterzusammenlegungen stehen auch im Zusammenhang mit der Planung BTS/OLS. Unabhängig von diesem Projekt sind Güterzusammenlegungen wichtig für die Landwirtschaft, weil damit alle dreissig

8/34

bis vierzig Jahre strukturelle und wirtschaftliche Optimierungen ermöglicht werden können. In der Kommission wurde angemerkt, dass die Sicherstellung der Entwicklungsfähigkeit von Landwirtschaftsbetrieben in der Praxis an Grenzen stösst. Vielfach sind die Betriebe in einem Dorf oder am Dorfrand und können sich dort nicht weiterentwickeln, weil es aufgrund der Zone oder wegen Immissionen nicht geht. Dann siedelt man sie ausserhalb an und steht bald in einer Zone, in der man bezüglich Zonenrichtlinie eingeschränkt ist. Es wird dann empfohlen, eine Zone "Landwirtschaft für besondere Nutzung" zu errichten. Aber auch an diesem Punkt steht man ebenfalls an, weil die Zonenplanänderungen von Gemeinde und Kanton genehmigt werden müssen.

"Der Kanton erarbeitet Lösungen für wirtschaftliche, pestizidarme Produktionssysteme und antibiotikaarme Tierhaltungen mit optimiertem Energieverbrauch."

Der Regierungspräsident setzt hier die erste Priorität. Mit den Ressourcenprojekten AquaSan und PFLOPF wird der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln in Gewässer vermindert (AquaSan) und mittels Precision Farming der pestizidarme Einsatz in der Landwirtschaft gefördert (PFLOPF). Diese Projekte laufen bereits im Oberthurgau. Die Digitalisierung trägt dazu bei, dem Unkraut automatisiert, mechanisch zu Leibe zu rücken.

"Der Kanton fördert Gesundheit und Wohlbefinden von Mensch und Tier durch Überwachung der Seuchenlage und rasche Bekämpfung von Seuchen."

keine Bemerkungen

S. 26, 5.1.3.3 Department für Erziehung und Kultur (DEK)

Die Regierungsrätin hebt einleitend die vielen von den RRL unabhängigen Jahresplannungen und Konzepte im Bereich DEK hervor. Im Bereich Kind, Jugend und Familie ist dies zum Beispiel das "Konzept für ein koordiniertes Vorgehen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Kantons Thurgau 2018 – 2022". Dieses wird in regelmässigen Abständen aktualisiert und überarbeitet. Dasselbe gilt für das "Konzept Frühe Förderung Kanton Thurgau 2020 – 2024". Ein weiteres Konzept ist das "Kulturkonzept des Kantons Thurgau 2019 bis 2022". Es wird alle vier Jahre angepasst. In diesem Konzept werden die kulturpolitischen Themenfelder und Zielsetzungen unter anderem für die Museen des Kantons Thurgau behandelt. Aus all diesen Konzepten fliessen Massnahmen und Zielsetzungen nur zu einem kleinen Teil auch in die RRL ein. Der Bildungsbericht ist ein weiteres Produkt. Der letzte Bildungsbericht ist aus dem Jahr 2018.

Die Regierungsrätin hebt einige Highlights hervor. Im Kulturbereich ist es die Museumsstrategie und die Umsetzung daraus mit Entwicklungsfeldern im Bereich des neuen Historischen Museums und des Kunstmuseums Thurgau. Im Bereich der Bildung ist die Frage der Digitalisierung ein grosses Thema. Sichere Bildungsräume für Schülerinnen und Schüler zu schaffen, ist eine grosse Herausforderung. Zu diesem Zweck hat die EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) ein schweizweites Projekt namens "Edulog" erarbeitet. Dieses ist bereits operativ, erste Pilotkantone sind beigetreten. Weiter müssen Kinder, Jugendliche und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf noch besser erreicht werden können. Dieser Schwerpunkt stammt

9/34

aus dem Konzept Frühe Förderung. Eine weitere Herausforderung ist die Sicherstellung von genügend ausgebildeten Volksschullehrpersonen. Um das zu sichern, soll an der PHTG ein neuer Studiengang für Kindergarten- und Primarschullehrpersonen (Unterstufe; KGU) geschaffen werden.

"Der Kanton fördert die Berücksichtigung der kindergerechten, generationenverbindenden Gestaltung des öffentlichen Raums in Planungen."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob hier auch der Schulweg inbegriffen ist, was von der Regierungsrätin verneint wurde. Der Schulweg ist rechtlich betrachtet Sache der Gemeinden und in der Verantwortung der Eltern. Für bauliche Belange sind die Gemeinden, allenfalls der Kanton (DBU) und weitere Partner zuständig. Die oben genannte Massnahme stammt aus dem Konzept Kind, Jugend und Familien und aus der UNICEF-Initiative "Kinderfreundliche Gemeinde". Kinderfreundliche Planungen sollen bei den Gemeinden und beim DBU stärker Eingang finden. Die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und Familienfragen (KJF) berät die Gemeinden und das DBU zu diesem Thema.

"Der Kanton verstärkt ein regionales, vielfältiges und gut ausgebautes Bildungsangebot aller Stufen (Volksschule, Sekundarstufe II, Tertiärbildung, Weiterbildung)."

Gemäss Regierungsrätin wurden alle Berufsschulstandorte darauf überprüft, ob die verschiedenen Berufe immer noch am richtigen Standort angesiedelt sind. Bei den Logistikern besteht mittlerweile ein grosses Lehrstellenangebot im Thurgau; daher wird in Zukunft die Logistiker Ausbildung vom Kanton Thurgau im Berufsbildungszentrum in Arbon angeboten.

"Der Kanton fördert die Chancengerechtigkeit und Integration in der Berufsbildung mit Beratung, Bildungsangeboten und finanzieller Unterstützung."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob der Zeitpunkt erst in der Berufsbildung nicht sehr spät ist. Gemäss Regierungsrätin sind in der Volksschule die Themen Chancengerechtigkeit und Integration gesetzlich geregelt und somit inkludiert im sonderpädagogischen Programm. Bei dieser Massnahme liegt der Fokus auf den Schülerinnen und Schülern nach Abschluss der Volksschule.

"Der Kanton verstärkt in der Aus- und Weiterbildung das Bewusstsein für einheimische, umweltschonend hergestellte Produkte."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert Sport- und Bewegungsangebote aller Altersgruppen."

In der Kommission wurde die Frage gestellt, was hier geplant ist und wie es finanziert werden soll. Gemäss Regierungsrätin hat eine Analyse des Sportamts ergeben, dass im Kanton Thurgau im Bereich des Tanzens ein weisser Fleck besteht. Daher wurde zusammen mit Schulgemeinden und weiteren Partnern der "School Dance Award" (Link) ins Leben gerufen. Zudem hat das Sportamt das Ausleihmaterial den heutigen Gegebenheiten angepasst. Das heisst, dass Vereine oder Lehrpersonen das Material beim Sportamt beziehen können. Ein Teil dieses Materials wird aus dem Sportfonds, der andere Teil aus den allgemeinen Staatsmitteln finanziert. Das ist im regulären Budget des

10/34

Sportamts enthalten. Es besteht die Möglichkeit, sich auf einer digitalen Plattform über Sportmöglichkeiten in der Region zu informieren.

"Der Kanton unterstützt infrastrukturell und personell den digitalen Zugang zu den Beständen der Kantonsbibliothek."

keine Bemerkungen

"Der Kanton stärkt die kantonalen Museen gemäss der Museumsstrategie als Erlebnis- und Bildungsorte mit zeitgemässen Organisations- und Infrastrukturen."

keine Bemerkungen

S. 27, 5.1.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)

"Der Kanton überprüft die Organisationsstruktur der Staatsanwaltschaft."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, warum diese Massnahme notwendig ist. Gemäss Regierungsrätin gibt es dafür verschiedene Gründe. So will man wissen, was die Ursachen für das negative Image der Staatsanwaltschaften sind. Weiter besteht eine personelle Dauerüberlastung. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbelastung in den Staatsanwaltschaften Bischofszell, Frauenfeld und Kreuzlingen sehr unterschiedlich ist. Bischofszell hatte eine höhere Arbeitslast als Frauenfeld und Kreuzlingen. Es wurden deshalb verschiedene Gemeinden innerhalb der regionalen Staatsanwaltschaften anderen Staatsanwaltschaften zur Bearbeitung zugewiesen. Das Problem der personellen Ressourcenknappheit wird sich mit der Aufstockung des Polizeikorps noch verstärken. Ein weiterer Punkt ist die Optimierung der Führungsstrukturen auf dem Platz Frauenfeld durch die räumliche Zusammenführung.

"Der Kanton prüft die Umstellung des Landwirtschaftsbetriebes des MZ Kalchrain auf biologische Bewirtschaftung".

Gemäss Regierungsrätin wird der Betrieb in Kalchrain nach den "integrierten Produktionsrichtlinien" bewirtschaftet. Im Frühjahr 2021 soll eine Auslegeordnung vorliegen für die verschiedenen Lösungsansätze respektive Bereiche (Teilumstellung, volle Umstellung, Tragbarkeit, Personal, Fruchtfolgen, Tierbestand etc.).

"Der Kanton reduziert die zeitlichen Rückstände bei den Fahrzeugprüfungen."

Gemäss Regierungsrätin steigt mit dem stetigen Bevölkerungswachstum auch die Anzahl der eingelösten Motorfahrzeuge. Die Steigerung beträgt jährlich rund 1 bis 2 %, was beträchtlich ist. Hinzu kam im Frühjahr ein zusätzlicher Rückstau wegen COVID-19. Ein Handlungsbedarf ist somit ausgewiesen. Bezüglich Infrastruktur wurde an den Standorten in Frauenfeld und Amriswil alles optimiert, was möglich ist. Personell wollte man eigentlich zwei zusätzliche Verkehrsexperten im Budget 2021 beantragen. Aufgrund des grossen Stellenwachstums mussten diese leider gestrichen werden. Ein zusätzlicher Verkehrsexperte bringt einen Mehrwert von rund Fr. 200'000. Beim nächsten Budget wird man deshalb mit neuen Stellenanträgen kommen.

11/34

"Der Kanton revidiert die Fischereigesetzgebung und setzt sie um."
keine Bemerkungen

"Der Kanton prüft Massnahmen zur Förderung der Äschenpopulation im Seerhein."
Gemäss Regierungsrätin besteht in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt ein Pilotprojekt vor Gottlieben, in welchem mit Totholz und Kies Laichplätze geschaffen wurden. Damit soll eine Erhöhung des Äschenbestandes realisiert werden. Mit der Erwärmung der Gewässer in den letzten Jahren ging die Äschenpopulation sehr stark zurück. Nach zwei Jahren wird geprüft, wie erfolgreich das Pilotprojekt war, damit allenfalls weitere Standorte evaluiert werden könnten.

"Der Kanton erhöht den Personalbestand der Kantonspolizei."
Gemäss Regierungsrätin geht es hier um die bereits vom Grossen Rat bewilligte Aufstockung. Im Moment ist es schwierig, gute Personen zu finden, die dem hohen Anforderungsprofil entsprechen. Interessenten gibt es viele, jedoch öfters mit falschen Vorstellungen. Aktuell konnte eine Klasse mit 16 Personen rekrutiert werden. Zwischen den verschiedenen kantonalen Polizeikorps existiert auch ein grosser Wettbewerb. Bei den höheren Kadern der Polizei ist der Thurgau nicht mehr wettbewerbstauglich. Der Kanton Zürich bietet seinen Polizisten auch bezüglich Nebenleistungen ein anderes Niveau als der Kanton Thurgau.

"Der Kanton revidiert das Polizeigesetz."
Gemäss Regierungsrätin geht es um neue Aufgaben wie Extremismus, Radikalisierung oder Cyberkriminalität, aber auch die Bereiche Gewaltschutz und Prävention, die Abbildung der ganzen Reorganisation, das Melderecht an Behörden, die digitale Überwachung mittels Autoscanner und den Zutritt im Rotlichtmilieu. Im ersten Quartal 2021 startet der Prozess der Revision. Diese Revision ist in diesem Schwerpunkt erste Priorität.

"Der Kanton schliesst die Lücken aus der Fähigkeitsanalyse des Bevölkerungsschutzes."
keine Bemerkungen

"Der Kanton sorgt für eine Schutzplatzabdeckung von mindestens 90 % in jeder Gemeinde."
keine Bemerkungen

"Der Kanton prüfte eine Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes."
keine Bemerkungen

S. 27, 5.1.3.5 Departement für Bau und Umwelt (DBU)

"Der Kanton erarbeitet einen Aktionsplan Klimawandel."

"Der Kanton baut eine kantonale Koordinationsstelle Klima auf."

Gemäss Regierungsrätin konnte die kantonale Klimakoordinationsstelle per August 2020 besetzt werden. Weiter soll für die Erarbeitung der Klimastrategie ein bestehender

12/34

Grundlagenbericht "Anpassung an die Klimaänderung im Kanton Thurgau" auf seine Aktualität überprüft, ergänzt und optimiert werden. Es gibt viele kleine Massnahmen, die helfen können. Die Palette der denkbaren Massnahmen ist gross.

"Der Kanton setzt bei 50 eigenen Bauten und Anlagen geeignete Massnahmen zur Förderung der Biodiversität um."

"Der Kanton wertet durchschnittlich vier Biotope von nationaler Bedeutung pro Jahr auf."

"Der Kanton erarbeitet eine Biodiversitätsstrategie."

Gemäss Regierungsrätin soll mit kleineren Massnahmen wie dem Ansäen von Wiesenblumen statt Rasenflächen um Gebäude, begrünten Dächern, vielleicht sogar grünen Fassaden bis Ende Legislatur bei 50 eigenen Bauten und Anlagen die Biodiversität gefördert werden. Weiter werden zur Umsetzung der Biodiversitätsinitiative die gesetzlichen Grundlagen vorbereitet. Die Finanzierung soll aus einer separaten Kasse erfolgen. Weiter gilt es, eine Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten. Was die Aufwertung von Biotopen anbelangt, so geht es zum Beispiel darum, dass verbuschte Biotope ausgelichtet werden und damit die Arten gefördert werden. Im Thurgau gibt es folgende Biotope von nationaler Bedeutung: - Hochmoore: 2 - Flachmoore: 22 - Amphibienlaichgebiete: 65 - Trockenwiesen und -weiden: 12 - Auen: 6. Der Bund überwacht den Zustand der Biotope von nationaler Bedeutung. Bei der letzten Zustandserhebung (März 2018) wies er für 50 % der Biotope einen mittleren oder hohen Sanierungsbedarf aus.

"Der Kanton stellt sicher, dass 90 Prozent der Trinkwassermenge aus Grundwasserfassungen durch Schutzzonen gesichert sind."

Gemäss Regierungsrätin wurde in den vergangenen Jahren die Trinkwasserversorgungsplanung bearbeitet. Es geht um die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im ganzen Kanton, wenn ein Teil der Infrastruktur ausfällt. Dabei hat man ein Defizit bei den Grundwasserfassungen festgestellt. Viele Grundwasserfassungen sind nicht durch rechtskonforme Schutzzonen gesichert. In dieser Legislatur soll erreicht werden, dass 90 % der Trinkwassermenge aus Grundwasserfassungen durch Schutzzonen gesichert sind. Schutzzone bedeutet, dass dort nichts erlaubt ist, was diese Grundwasserfassung beeinträchtigen könnte.

"Der Kanton erarbeitet in Zusammenarbeit mit den Verbänden Massnahmen zum qualitativen Bodenschutz in der Landwirtschaft."

Gemäss Regierungsrätin sollen in Zusammenarbeit mit den Verbänden Massnahmen zum qualitativen Bodenschutz in der Landwirtschaft erarbeitet werden. So sind zum Beispiel Gewächshäuser nicht optimal für Böden. Es sollen gemeinsam mit den Verbänden Massnahmen gesucht werden, die ermöglichen, dass künftige Gewächshausprojekte von Anfang an so geplant werden, dass diese mit möglichst geringen Eingriffen in den Boden erstellt und in Betrieb genommen werden können.

"Der Kanton unterstützt die Gemeinden beim Aufbau von regionalen Gestaltungsbeiräten."

Gemäss Regierungsrätin hat die Massnahme betreffend regionalen Gestaltungsbeiräten mit der Massnahme betreffend "gute Baukultur" aus den letzten Regierungsrichtlinien zu tun. Ein Mittel zur Sicherstellung einer guten Baukultur könnte ein Gestaltungsbeirat

sein. Einige Gemeinden kennen solche Gefässe bereits, andere ziehen bei Bedarf den SIA-Gestaltungsbeirat heran. Diese können bei grossen oder umstrittenen Bauvorhaben vermittelnd, neutraler und fachlicher einwirken. Ein regionaler Gestaltungsbeirat sollte aus Externen zusammengesetzt werden, Hochbauamt oder Gemeinde sollten nicht vertreten sein. Denkbar sind Architekten, Ingenieure, Kunsthistoriker etc. Es ist ein Fachbeirat, der eine fachliche Beurteilung abgeben kann. Die Gemeinden sollen bei der Schaffung solcher Gestaltungsbeiräte unterstützt werden, sofern ein Interesse bei der Gemeinde besteht. Denkbar ist ein Pilot in einer Gemeinde resp. Region, um Erfahrungen zu sammeln. In der Kommission wurde diese Massnahme kontrovers diskutiert. Teilweise wurde die Befürchtung geäussert, dass ein solcher Beirat den Gemeinderat übersteuern oder sich die Exekutive hinter solchen Beiräten verstecken könnte. Andere fanden dieses Institut sehr wertvoll.

"Der Kanton führt jährlich eine Veranstaltung zum Thema gute Baukultur durch." In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, was gute Baukultur sei. Gemäss Regierungsrätin gibt es sachliche Kriterien, die herangezogen werden können, um einzuschätzen, ob sich ein Bau in die Umgebung einpasst. Es geht dabei um die Volumetrie, den Bezug zu anderen Bauten und der Umgebung, aber auch um die Materialisierung. Energie könnte auch ein Thema sein. Es geht nicht um eine Geschmackssache, sondern um eine fachliche, objektive Beurteilung anhand verschiedener Kriterien.

S. 27, 5.1.3.6 Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

"Der Kanton fördert durch "Smart-Work"-Massnahmen die CO2-Reduktion der Kantonsverwaltung Thurgau (KVTG)"

Gemäss Regierungsrat hat der Gesamtregierungsrat eine neue Home-Office-Regelung beschlossen. Damit wird der Kantonsverwaltung ermöglicht, grundsätzlich drei Tage Home-Office zu machen. Dies unter der Massgabe, dass der Betrieb sichergestellt und Home-Office im Einklang mit den Vorgesetzten ist.

"Der Kanton unterstützt koordinierend ein öffentlich zugängliches Netzwerk von Defibrillatoren sowie von geschulten Ersthelfern für die Behandlung von Herznotfällen."

Gemäss Regierungsrat führen alle Polizeiautos Defibrillatoren mit, zusätzlich zu denjenigen, die in den notfallärztlichen Fahrzeugen und in Rettungswagen sowie in vielen öffentlichen Verwaltungsgebäuden vorhanden sind. Im Notfall sollen die entsprechenden Ressourcen schnell vor Ort sein. Weiter ist die richtige Ausbildung wichtig.

"Der Kanton fördert mit dem Kompetenzbündel «Thurgau Gesundheit» die Wahrnehmung und Profilierung eines «gesunden Thurgaus» als Lebens- und Arbeitsraum."

Gemäss Regierungsrat betrifft die Massnahme die Abteilung Prävention im Amt für Gesundheit. Diese Abteilung wird über Bundesbeiträge finanziert, mit jeweils Vierjahreskrediten. Inhaltlich fällt der Sport nicht darunter, da er im DEK angesiedelt ist.

14/34

"Der Kanton informiert die Bevölkerung über gesundheitsfördernde Lebensstile und Verhaltensweisen sowie Risikofaktoren der wichtigsten Krankheiten."

Gemäss Regierungsrat können das Kampagnen sein, aber beispielsweise auch Flyer über Angebote, die aufgelegt werden. Im Gesundheitsbereich gibt es verschiedene Leistungserbringer wie beispielsweise die Spital Thurgau AG oder die Clenia Littenheid AG, die externe psychiatrische Beratungen erbringen. Diese haben nicht je einen eigenen Flyer, sondern einen Flyer, der von allen verwendet werden kann. Dabei werden auch die modernen Kommunikationsmittel miteinbezogen.

"Der Kanton prüft die Umsetzung eines Früherkennungsprogramms bei Darmkrebs mit Partnern (Apotheken und Arztpraxen) gemäss der nationalen Strategie gegen Krebs." Gemäss Regierungsrat sind gewisse Krankheiten in einem frühen Stadium gut behandelbar. Deshalb macht es Sinn, wenn man ab einem Alter von 50 Jahren eine z.B. Darmkrebsprävention macht. Denn Darmtumore sind insbesondere bei Männern ab 50 häufig und wenn man diese in einem frühen Stadium erkennt, kann man diese relativ einfach entfernen. Wenn Darmtumore aber erst spät entdeckt werden, dann sind diese manchmal nicht mehr operabel oder wenn, dann nur in sehr komplexen Operationen, die gegebenenfalls einen künstlichen Darmausgang zur Folge haben.

"Der Kanton stellt für Menschen mit Beeinträchtigung eine regionale und qualitativ hochstehende Betreuung sicher."

Gemäss Regierungsrat gibt es im Kanton Thurgau etwa 40 Institutionen, welche die Leute betreuen. Diese setzen Schwerpunkte, zum Beispiel bei geistig behinderten Leuten oder bei Leuten mit anderen schweren Beeinträchtigungen, oder nur als Wohnheime oder mit Werkstätten etc. Die medizinische Versorgung älterer Leute mit Beeinträchtigung ist in den letzten 20 bis 30 Jahren massiv besser geworden. Auch hier gibt es einzelne Institutionen, die sich spezialisiert haben.

S. 30, 5.2, Schwerpunkt 2: Wirtschafts- und Bildungsstandort stärken

S. 30, 5.2.3.1 Staatskanzlei (SK)

"Der Kanton unterstützt die Digitalisierung unter Berücksichtigung des Datenschutzes". In der Kommission wurde die spezielle Hervorhebung des Datenschutzes begrüsst, da der Gewährleistung des Datenschutzes im Rahmen der Digitalisierung besondere Beachtung zu schenken sei.

S. 30, 5.2.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)

"Der Kanton stärkt die Versorgungssicherheit und die regionale Wertschöpfung durch Nutzung von lokalen Energieressourcen und Erhöhung der Energieeffizienz."
keine Bemerkungen

15/34

"Der Kanton baut für eine moderne Benutzung des Staatsarchivs ein digitales Angebot (digitaler Lesesaal) mit entsprechender Hilfestellung auf."

Gemäss Regierungspräsident geht es um die Ausrollung der elektronischen Archivierung in der KVTG. Vor ein paar Wochen konnten zum ersten Mal Daten vollelektronisch aus einem Amt ins elektronische Staatsarchiv (Langzeitarchiv) übernommen werden. Dies war ein grosser Schritt und das soll nun laufend auf die gesamte kantonale Verwaltung ausgerollt werden.

"Der Kanton erlässt eine Strategie Digitale Verwaltung und setzt diese um."

Gemäss Regierungspräsident geht es hier insbesondere um den Aufbau des Kompetenzzentrums Digitalisierung (KDV): Das DIV wurde als federführendes Departement für das KDV bestimmt. Der Schwerpunkt liegt also in der Zusammenarbeit und Koordination. Die einzelnen Projekte (technische Applikationen) werden durch das AFI und die zuständigen Ämter realisiert. Die Hauptaufgabe des KDV ist es, die Koordination wahrzunehmen, Prioritäten zu setzen, den Fokus auf den Kundennutzen zu legen, Effizienz- und Qualitätssteigerungen zu ermöglichen sowie Prozesse über die Departementsgrenzen hinaus zu begleiten. Es ist auch Aufgabe des KDV zu schauen, welche Initiativen und Plattformen schon bestehen und zu prüfen, wie eine gemeinsame Umsetzung möglich ist. Der VTG und der VTGS sowie andere Verbände haben eine Schlüsselrolle in diesem Prozess.

"Der Kanton erkennt wichtige Trends im Bereich Digitalisierung und führt den Digitalisierungsprozess der Vollzugsabläufe konsequent weiter."

keine Bemerkungen

"Der Kanton ermöglicht den digitalen Datenaustausch mit einem „Bürgerkonto“ als zentrale Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Staat."

Der Regierungspräsident setzt hier die höchste Priorität. Diese Massnahme bedeutet, dass der Bürger nicht wissen muss, an wen er sich mit einem Problem wenden muss. Er muss auch keine Kenntnis darüber haben, ob nun die Gemeinde, der Kanton oder eine andere Anlaufstelle für sein Anliegen verantwortlich ist. Der Bürger hat ein verwaltungstechnisches Problem, gibt es ein und gelangt dorthin, wo er Antworten erhält. Diese Aufgabe wird wohl nicht in vier Jahren erledigt sein; sie wird sich laufend weiterentwickeln.

"Der Kanton schafft Wettbewerbsvorteile durch vollständig digitale Abwicklung der Geodatenprozesse in allen einschlägigen Fachgebieten."

Gemäss Regierungspräsident wird geprüft, wie auch der Baugesuchsprozess über die Gemeinden vollständig digitalisiert werden kann. BOA ist primär ein kantonsinterner, ämterübergreifender Prozess. Es wird nun aber angestrebt, dass mit Geo 2020 Synergien genutzt werden können.

"Der Kanton schafft die Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und einen funktionierenden Arbeitsmarkt."

keine Bemerkungen

16/34

"Der Kanton bietet qualifizierte, effiziente und zielgruppengerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für stellensuchende Personen."

keine Bemerkungen

"Der Kanton unterstützt Kooperationen mit nationalen Akteuren für Innovationen in der landwirtschaftlichen Produktion, Wertschöpfung und Ressourcenschonung."

Gemäss Regierungspräsident soll ein Innovationsforum Ernährungswirtschaft mit AMH, OST, SFF etc. etabliert werden: Es gibt sehr viele Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind. Die Vernetzung mit AMH, OST, SFF etc. geht über die reine Landwirtschaft hinaus und bezieht die Verarbeitung, Forschung und Entwicklung mit ein.

"Der Kanton unterhält ein zeitgemässes Weiterbildungs- und Beratungsangebot im Bereich Landwirtschaft (Pflanzenschutz, Tierwohl, Energie, Digitalisierung)."

In der Kommission wurde die Aufführung von Weiterbildungen in anderen Bereichen vermisst. Das lebenslange Lernen ist wesentlich und wäre auch für die zukünftige Unternehmensentwicklung wichtig.

"Der Kanton ermöglicht mit der Swiss Future Farm (SFF) lokalen Firmen ausserhalb des Agrarsektors Chancen für Partnerschaften in der Industrie."

keine Bemerkungen

Weitere Massnahmen sind gemäss Regierungspräsident die digitale Erfassung der landwirtschaftlichen Produktionsdaten. Die Landwirte müssen sehr viele Daten erfassen und sie machen das häufig bereits digital. Die erfassten Daten sollten künftig medienbruchfrei weiterverwendet werden können. Weiter soll ein Innovationsfonds geprüft werden. Eine Äufnung könnte allenfalls durch die TKB-PS-Gelder erfolgen. Ein solcher Fonds würde ganz gezielt für Innovationen, Start-ups etc. eingesetzt werden, um diese zu fördern.

S. 31, 5.2.3.3 Department für Erziehung und Kultur (DEK)

"Der Kanton unterstützt den bedarfsgerechten Ausbau und die Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob hier etwas Konkretes geplant sei und entsprechend Kosten budgetiert seien. Gemäss Regierungsrätin stammt diese Massnahme aus dem Konzept "Koordiniertes Vorgehen Kind-, Jugend- und Familienpolitik". Darin enthalten ist ein Budget mit Angaben, wer welche Aufwendungen zu tragen hat. Das Budget der Fachstelle KJF erhöht sich dadurch nicht.

"Der Kanton koordiniert die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler und Lernenden mit einer sicheren digitalen Identität für den Bildungsraum."

Gemäss Regierungsrätin nimmt diese Massnahme Bezug auf das gesamtschweizerische Projekt "Edulog". Es hat zum Ziel, für jede Schülerin und jeden Schüler in allen Altersstufen einen sicheren Zugang zu digitalen Medien zu schaffen. Jede Schülerin und jeder Schüler erhält einen sogenannten digitalen Schlüssel. Ziel ist es, für jede Schülerin

17/34

und jeden Schüler eine digitale Identität zu schaffen. Es ist mit "Switch" im Hochschulbereich zu vergleichen.

"Der Kanton unterstützt mit geeigneten Angeboten die nachhaltige Förderung besonders begabter Kinder."

Gemäss Regierungsrätin finden mit dem BBF-Programm (Begabungs- und Begabtenförderung) bereits Impulstage und Ateliers statt. BBF findet auf verschiedenen Stufen statt. In erster Linie sorgen die Schulgemeinden mit dem Förderkonzept für individuelle Fördermöglichkeiten. Das BBF-Programm baut darauf auf. Die Ateliers finden während der regulären Schulzeit statt. Im Sport- und Musikbereich gibt es weitere Angebote.

"Der Kanton entwickelt Austauschaktivitäten von Schülerinnen, Schülern, Lernenden und Lehrpersonen mit Schwergewicht im Inland."

Gemäss Regierungsrätin hat die schweizerische Stiftung "Movetia" den Auftrag erhalten, diesen Austausch zu fördern. Das Angebot soll Lehrpersonen als Weiterbildung dienen. Schülerinnen und Schüler sollen ebenfalls vermehrt in den Austausch; in welcher Form das sein wird, ist offen. Im Amt für Volksschule gibt es eine Mitarbeiterin, die Lehrpersonen und Schulgemeinden in dieser Frage beratend zur Seite steht.

"Der Kanton wirkt mit gezielter MINT-Förderung auf allen Bildungsstufen dem Fachkräftemangel entgegen."

keine Bemerkungen.

"Der Kanton führt Mittelschulen, die bezüglich Qualität und Innovation schweizweit zu den führenden Schulen gehören."

keine Bemerkungen

"Der Kanton ergreift Massnahmen, die eine Optimierung der Maturitätsquote (Berufsmaturität, gymnasiale Maturität, Fachmaturität) ermöglichen."

Gemäss Regierungsrätin soll das Aufnahmeverfahren überprüft und optimiert werden, nicht die Maturitätsquote an sich. Es wird überprüft, welchen Stellenwert z.B. die mündlichen Aufnahmeprüfungen haben und ob an dieser Praxis festgehalten werden soll. Schweizweit liegt der Kanton Thurgau bei der gymnasialen Maturitätsquote auf den letzten Plätzen. Das Niveau soll aber trotz allem hoch bleiben. In der Berufsmaturität steht der Kanton Thurgau quotenmässig im schweizweiten Mittelfeld. Anliegen der Regierungsrätin ist es, die verschiedenen Wege nicht gegeneinander auszuspielen.

"Der Kanton unterstützt die PHTG in ihrer Weiterentwicklung und beim Ziel, den Bedarf an Volksschullehrern abzudecken."

keine Bemerkungen

"Der Kanton prüft zusammen mit der Ostschweizer Fachhochschule (OST) den Aufbau eines Forschungs- und/oder Ausbildungsstandorts der OST im Thurgau."

Gemäss Regierungsrätin geht es bei dieser Massnahme um mögliche Forschungsstandorte. Ein erstes Forum wird coronabedingt Ende November virtuell durchgeführt. Es handelt sich um das Innovationsforum Ernährungswirtschaft mit dem Schwerpunktthema

18/34

Agri-Food-Automation von Swiss Future Farm am Agroscope-Standort in Tänikon. Das Forum wird mit verschiedenen Partnern im Bildungs- und Hochschulbereich veranstaltet. Man verspricht sich von dieser Initiative ein spannendes und für den Thurgau interessantes Forschungsfeld mit entsprechender Aussenwirkung und Wahrnehmung.

"Der Kanton stärkt die bestehende Zusammenarbeit mit den Konstanzer Hochschulen und prüft mit ihnen die Einrichtung eines vierten An-Instituts."

Gemäss Regierungsrätin heissen in Deutschland an Hochschulen angegliederte Forschungsinstitute An-Institute. Im Kanton Thurgau gibt es drei ausseruniversitäre Forschungsinstitute, welche an der Universität Konstanz und an der HTWG Konstanz angesiedelt sind: das Wirtschaft-, das Werkstoff- und das Biotechnologieinstitut. Mit einem geplanten Digital Campus (Projektstatus) entstünden hier neue Forschungs- und Wissenstransfermöglichkeiten. Ein solches viertes An-Institut wäre in der Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz, der HTWG und der PHTG interessant und für den Kanton Thurgau mit sehr vielen Vorteilen verbunden.

"Der Kanton fördert die Digitalisierung des Unterrichts auf allen Schulstufen mit adäquaten Ressourcen für digitale Lehr- und Lerntechniken."

keine Bemerkungen.

"Der Kanton entwickelt die Berufsfachschulen zu starken, innovativen Kompetenzzentren."

In der Kommission wurde vorgebracht, auf der einen Seite wolle man das Niveau hochhalten. Jedoch bestehe auf der anderen Seite die Gefahr, dass immer mehr Jugendliche diesen Anforderungen nicht mehr genügen würden. Gemäss Regierungsrätin ist das ein Problem, dass primär die Berufsverbände in den eigenen Reihen zu lösen haben. Es werden immer mehr Kompetenzen in die Grundbildungen reingepackt.

"Der Kanton realisiert Massnahmen, welche die eigenverantwortliche Wahl der passenden Bildungswege und Laufbahnen ermöglichen."

keine Bemerkung.

"Der Kanton fördert Projekte, die Zugänge zu Kulturgütern und -werken schaffen und kulturelle, digitale und demografische Entwicklungen berücksichtigen."

keine Bemerkung.

In der Kommission wurde moniert, dass beim Schwerpunkt zwei die Weiterbildung fehlt.

S. 31, 5.2.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)

"Der Kanton prüft Prozesse auf der Lösung easyGov (Onlineschalter für Unternehmen)."

keine Bemerkungen

19/34

"Der Kanton erstellt und finanziert eine Jagdschiessanlage für Aus- und Weiterbildungszwecke."

Gemäss Regierungsrätin ist diese Massnahme prioritär. Es gibt nur eine Jagdschiessanlage im Kanton Thurgau in Weinfeld. Die Jäger können nicht in einem "normalen" Schiessstand ihre Übungen abhalten, da spezielle Anforderungen gelten, wie z.B. bewegliche Ziele oder andere Distanzen. Die ersten Bemühungen in dieser Sache waren 2010 bis 2012. Jetzt ist man mit Hochdruck an einer Lösung, da ab 1. Januar 2021 in Weinfeld nicht mehr in den Boden geschossen werden darf. Eine Jagdschiessanlage ist in Planung und es liegt eine Kostenschätzung vor. Der Standort ist klar, dieser liegt bei der KVA Müllheim im Heckenmoos. In einer Übergangsphase werden nun künstliche Kugelfänge in Weinfeld installiert, damit die Jäger ab Januar wieder üben und den Treffsicherheitsnachweis erbringen können. Bereits bestehende Standorte in Wittenbach, Schaffhausen und Bülach (noch in Planung) wurden geprüft. Allerdings sind das keine wirklichen Alternativen, wenn man die gesamten Rahmenbedingungen einbezieht.

"Der Kanton prüft die Erstellung einer Schiess-Ausbildungsanlage für die Kantonspolizei und die Polizeischule Ostschweiz."

Gemäss Regierungsrätin soll das Projekt an der Frühjahrskonferenz 2021 den zuständigen Regierungsräten der Ostschweizer Kantone vorgestellt werden. Es geht dabei um einen hochmodernen digitalen Schiesskeller mit Schussbild- und Trefferanzeige, Auswertungen, Lichteffekten und Soundanlagen. Dies würde auch den Standort Amriswil stärken. Eine gemeinsame Anlage für Jäger und Polizisten wurde geprüft. Hier sind die Bedürfnisse so unterschiedlich, dass man diese nicht unter einen Hut bringt.

S. 31, 5.2.3.5 Departement für Bau und Umwelt (DBU)

"Der Kanton erarbeitet eine Erhaltungsstrategie Kantonsstrassen zur langfristigen Werterhaltung des Netzes."

Gemäss Regierungsrätin handelt es sich bei dieser Massnahme eher um eine technische Frage, wie das Kantonsstrassennetz längerfristig erhalten und unterhalten werden soll.

"Der Kanton prüft mit den Berufsverbänden Möglichkeiten für die Schaffung eines Kompetenzzentrums Handwerkskultur und neue Technologien."

Gemäss Regierungsrätin lehnt sich die Idee eines Kompetenzzentrums für Handwerkskultur und neue Technologien Thurgau an vergleichbare Projekte im Bregenzerwald oder in Schaffhausen an. Es soll geprüft werden, ob in Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem Gewerbeverband oder anderen Verbänden im Thurgau etwas Ähnliches geschaffen werden soll. Es geht dabei um die Schaffung einer innovativen Plattform des Handwerks und des Gewerbes. Die regionale Wirtschaft soll gestärkt, die traditionelle Handwerkskunst gepflegt und erhalten, der Nachwuchs gefördert und Stoffkreisläufe nachhaltig geschlossen werden. Für die Betriebe könnte es auch eine Art Werkschau sein. Ein Bezug auch zur Bildung ist nicht ausgeschlossen.

20/34

"Der Kanton bereinigt das Netz der Strassen und Wege zwischen Kanton und Gemeinden und passt das Finanzierungsgefüge an."

Gemäss Regierungsrätin soll in den nächsten Monaten ein Gesamtpaket in die Vernehmlassung gehen. Im Thurgau wurde bisher kein ordentlicher Netzbeschluss gemäss Gesetz über Strassen und Wege gefasst. Quasi aus Gewohnheitsrecht unterhält der Kanton die heute als Kantonsstrassen angenommenen Strecken. Das sind rund 800 km Strassen. Es soll nun der Beschluss über das kantonale Netz gefasst und dabei nur die Strassen aufgenommen werden, die Kantonsstrassenaufgaben erfüllen. Es sind nicht alle Gemeinden gleich von den Abtretungen betroffen. Die Ausnahmetransportrouten sind nicht Teil des Projekts, wurden aber in einem anderen Zusammenhang angeschaut.

S. 32, 5.2.3.6 Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

"Der Kanton optimiert wirtschaftliche und steuerliche Rahmenbedingungen zum Erhalt und zur Ansiedlung innovativer Unternehmen."

In der Kommission wurde der Wunsch geäussert, nur qualitativ gute Ansiedlungen vorzunehmen. Gemäss Regierungsrat ist das ganz im Sinne der Regierung. Wichtig ist bei der Ansiedlung nicht nur der Steuerfuss, sondern auch die Frage, wie man mit den Unternehmen zusammenarbeitet. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, im Dialog mit den Unternehmen gute Lösungen zu finden, was sehr geschätzt wird. Im Übrigen geht es nicht darum, Firmen abzuwerben. Vielmehr geht es darum, bei Anfragen gut aufzutreten. Bei Start-ups ist es so, dass allenfalls Steuererleichterungen gewährt werden können. Im Weiteren ist der Steuerverwaltung auch die Bestandespflege sehr wichtig.

"Der Kanton fördert die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der Thurgauer Lebensmittelbetriebe durch international anerkannte behördliche Kontrollatteste und unterstützende Dienstleistungen."

Gemäss Regierungsrat ist das kantonale Labor für Atteste zuständig. Es ist wichtig, wenn man z.B. nach Russland, China oder anderswo hin exportieren will, dass die Lebensmittel im Einklang mit den jeweiligen Regulierungen des importierenden Landes sind. Das kantonale Labor muss deshalb sicherstellen, dass beispielsweise die chinesischen Lebensmittelvorschriften eingehalten sind und das attestieren. Das wird z.B. von den chinesischen Behörden auch überprüft, ob das korrekt gemacht wird. Wenn das gut und zeitnah gemacht wird, ist das ein grosser Standortvorteil für die heimische Lebensmittelindustrie. Dieser Dienst wird von den Firmen auch kostendeckend bezahlt und über Gebühren abgegolten. Bei den unterstützenden Dienstleistungen geht es z.B. darum, dass nicht nur das Attest ausgestellt wird, sondern dass der Betrieb auch beraten wird, wie er etwas zu organisieren hat, um die Bedingungen des Auslandes zu erfüllen.

"Der Kanton fördert kundenorientiertes Arbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVTG, auch durch neue Arbeitsweisen."

Gemäss Regierungsrat geht es im Wesentlichen um Möglichkeiten, arbeitsortsunabhängig zu arbeiten.

21/34

"Der Kanton positioniert sich selbstbewusst mit einer agilen, schlanken, bürgernahen und wirtschaftsfreundlichen Verwaltung."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert zusammen mit Partnern den Nachwuchs im Pflege-, Haus- und Kinderarztbereich."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, was genau unternommen werden soll. Gemäss Regierungsrat geht es zum einen in der Pflege um Wiedereinsteigerinnenkurse, die durchgeführt und weiter ausgebaut werden. Bei der Ausbildung bei den Ärzten gibt es ein Praktikum im Rahmen der Hausarzt Ausbildung, so dass es in den Arztpraxen vom Kanton subventionierte Praktikumsplätze gibt. Diese helfen, die Ärzte nachher im Kanton zu behalten. Und zum anderen haben die Spital Thurgau AG wie auch die Privatkliniken im Kanton die Weiterbildungsstunden der Ärzte in den letzten vier Jahren massiv gesteigert. Weiterbildung bei den Ärzten heisst zum Facharzt zu werden. Und solche Ärzte bleiben in der Tendenz dort, wo sie weiter ausgebildet worden sind. Ein weiteres Thema ist die Jugend- und Kindermedizin. Hier besteht eine Unterversorgung. Die Kinder- und Jugendmedizin an den beiden Kantonsspitalern wurde verbessert. Es gibt neue Gruppenpraxismodelle. Das ist ein Beispiel von neuen, unternehmerischen Modellen, die durchaus funktionieren und auf die der Kanton sein ein Augenmerk richten muss.

"Der Kanton steuert das Leistungsangebot in den Spitalern und, unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels, in der Altersbetreuung zugunsten einer qualitativ hochstehenden und finanzierbaren Versorgung."

Gemäss Regierungsrat hat der Kanton ein sogenanntes Geriatrie- und Demenzkonzept, welches für den ganzen Kanton Gültigkeit hat und dieses Jahr ausläuft, aber um ein Jahr verlängert wird, damit es Ende nächsten Jahres wieder für vier Jahre neu aufgegleist werden kann. Dieses gibt kantonal die Linie vor, wie einzelne Massnahmen, je nach Inzidenz, ergriffen werden sollen. Die Umsetzung liegt bei den Gemeinden und deshalb sind sie bei der Erarbeitung des Konzepts an Bord. Aber der Kanton gibt mit dem Konzept die Stossrichtung vor.

"Der Kanton fördert das Angebot von Dauerarbeitsplätzen im zweiten Arbeitsmarkt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert die Schaffung von Integrationsarbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit IV-Unterstützung."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, was hier konkret geplant ist. Gemäss Regierungsrat handelt es sich um eine anspruchsvolle Thematik. Das eigentliche Problem ist die IV-Gesetzgebung. Diese Leute haben keinen Anspruch auf eine IV-Rente, weil man in der IV-Gesetzgebung von einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt ausgeht. Aber auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt es zu wenige kognitiv eher einfachen Arbeitsmöglichkeiten, um alle diese Personen abzuholen. Bezüglich jener Personen, bei denen IV-Abklärungen laufen, gibt es eine interdepartementale Arbeitsgruppe (Interinstitutionelle Zusammenarbeit [IIZ]) im Kanton mit dem RAV, der Sozialversicherungsanstalt und vielleicht interessierten Arbeitgebern, die sich zusammensetzen und individuell schauen,

22/34

was man bei der betreffenden Person machen könnte, um eine möglichst gute individuelle Lösung zu finden. Es braucht eine Art Einzelbetreuung. Bei der direkten Schaffung solcher Stellen durch den Kanton besteht das Problem, inwiefern der Staat seine Tätigkeiten sinnvoll steuern kann, ohne die Privatwirtschaft zu konkurrenzieren.

S. 36, 5.3 Schwerpunkt 3: Zusammenhalt und Zusammenspiel fördern

S. 36, 5.3.3.1 Staatskanzlei (SK)

"Der Kanton erweitert bedarfsgerecht die digitale Umgebung für den Grossen Rat und den Regierungsrat."

In der Kommission wurde moniert, dass der Internetauftritt des Kantons wenig benutzerfreundlich sei. Teilweise finde man die Dokumente über eine Suchmaschine, nicht aber über die offizielle Suchfunktion der Kantonsseite. Der Staatsschreiber stellt die Bearbeitung dieses Punktes und weiterer ähnlicher Pendenzen in Aussicht.

"Der Kanton publiziert statistische Informationen zum demografischen Wandel im Kanton Thurgau."

Die politische Steuerung ist auf gut aufbereitete demografische Daten angewiesen. Die Dienststelle für Statistik ist bereits heute im Besitz von vielen statistischen Daten, die jedoch verstreut vorhanden sind und in gesammelter Form analysiert, interpretiert und präsentiert werden müssen. Dies soll in einem speziellen demografischen Themenfenster, einem "digitalen Demografiebericht", erfolgen. Derzeit erstellt die Dienststelle für Statistik auch den Bericht "Kleinräumige Bevölkerungsszenarien 2021", der als Planungsinstrument bis auf Stufe Gemeinden eingesetzt werden wird. Dieser Bericht gibt beispielsweise Auskunft über die Entwicklung der Schülerzahlen, wovon wiederum die Auswirkung auf die Infrastruktur abgeleitet werden kann.

S. 36, 5.3.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)

"Der Kanton berät die Elektrizitätsversorger beim Transformationsprozess im Rahmen der Energiestrategie 2050 und im Falle der Marktöffnung."

Gemäss Regierungspräsident geht es um die Energiestrategie 2050: Sie scheint weit weg, was dazu verleiten könnte, dass man sie auf die lange Bank schiebt. Es ist aber wichtig, dass die Verteilnetze überprüft werden und dass gemeinsam mit der EKT und den EVU die Herausforderung der dezentralen Stromproduktion aufgenommen wird. Es sind dies Schlüsselthemen in Bezug auf die Versorgungssicherheit der Zukunft. In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, wie die Regierung die Datenschutzproblematik bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure angehen will. Gemäss Regierungspräsident wurde im Rahmen der Revision des Energiegesetzes ein entsprechender Paragraph geschaffen, der diesen Datenaustausch ermöglicht.

23/34

"Der Kanton unterstützt mit einem kostendeckenden Archivdienst für Gemeinden den Übergang auf die elektronische Aktenführung und Langzeitarchivierung."
keine Bemerkungen

"Der Kanton vertritt als dienstleistungs- und lösungsorientierter Partner die Thurgauer Wirtschaftsinteressen nach innen und nach aussen."
keine Bemerkungen

"Der Kanton unterstützt und fördert das Unternehmertum im Kanton Thurgau mit gezielten Projekten, Kooperationen und Aktionen."
Gemäss Regierungspräsident geht es um die Zusammenarbeit beispielsweise mit dem Technologieforum, KEEST, der Swiss Future Farm (SFF) oder auch den Fachhochschulen, die zwar nicht privat, aber in die gleiche Richtung unterwegs sind. In der Kommission wurde die Sorge geäussert, dass diese Massnahme nicht zur Folge haben dürfe, dass man bei den RAV ältere Arbeitsuchende in die Selbständigkeit treibe und sie sich ihre Pensionskassengelder auszahlen lassen würden. Weiter dürften die Menschen mit Handicap nicht vergessen werden.

"Der Kanton sensibilisiert die ansässigen Unternehmen für die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Personen."
Der Regierungspräsident will hier eine Priorität setzen. Es geht auch um die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Er präzisiert, dass man neben den älteren Personen den Fokus auch auf die Lehrabgänger richtet, die zunehmend Schwierigkeiten haben, eine erste Stelle zu finden.

"Der Kanton überprüft die kantonsübergreifenden Partnerschaften auf Synergiepotenziale und richtet sie bei Bedarf neu aus."
Gemäss Regierungspräsident soll die Partnerschaft mit den Kantonen Schaffhausen, St. Gallen und Zürich im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung und Forschung (SFF/Agroscope) auf Synergie- und Ausbaupotential geprüft werden. Hier besteht ein grosses Potential. Die Krise rund um Agroscope hat beispielhaft gezeigt, was erreicht werden kann, wenn man in der Ostschweiz zusammensteht. Entsprechende Synergien sollen verstärkt genutzt werden.

"Der Kanton entwickelt den Standort Arenenberg zu einem kantonalen Leuchtturm im kulturtouristischen Bereich"
Gemäss Regierungspräsident sollen unter die Marke "Arenenberg" die Bereiche Bildung, Beratung, Forschung, Tourismus, Hotellerie und neu der kulturelle Teil zusammengefasst werden. Dieses Zusammenspiel und das Selbstverständnis sind in diesem Punkt hauptsächlich gemeint. Aber das soll und wird nicht dazu führen, dass der landwirtschaftliche Teil weniger wichtig wird.

Der Regierungspräsident ergänzt allgemein, dass auch ein Fokus auf die Konzeption und Begleitung von Projekten, insbesondere im PPP-Bereich gelegt werden soll: Wenn der Staat und Private gemeinsam etwas anpacken, entsteht eine andere, positive Dynamik, als wenn die Erwartung besteht, der Staat könne alle Probleme selbst lösen. Weiter

24/34

initiiert das Veterinäramt eine Austauschplattform "Landwirtschaft, Tierschutz, Tierärzteschaft etc.": Hier braucht es unbedingt ein Miteinander, da sich die Themen aus Landwirtschaft, Tierschutz und Tierärzteschaft zwar nicht diametral gegenüberstehen, aber doch andere Blickwinkel beinhalten.

S. 36, 5.3.3.3 Department für Erziehung und Kultur (DEK)

"Der Kanton fördert Mittel und Wege, um Kinder, Jugendliche und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf besser zu erreichen."

keine Bemerkungen

"Der Kanton unterstützt die Gemeinden beim Aufbau von bedarfsgerechten Angeboten in der Frühen Förderung."

keine Bemerkungen

"Der Kanton intensiviert die Zusammenarbeit der Berufsfach- und Mittelschulen mit den Sekundarschulen, Hochschulen, Verbänden und der Arbeitswelt."

keine Bemerkungen

"Der Kanton stärkt das Milizsystem und die Ehrenamtlichkeit in Vereinen und Organisationen."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert interkulturelle Bibliotheken im Bereich Spracherwerb und Integration."

keine Bemerkungen

"Der Kanton setzt sich für regionale Trägerschaften, Kulturzentren und ein vielfältiges Kulturleben ein."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, warum die RRL des DEK relativ bildungslastig sind, hingegen nur wenige Kulturthemen enthalten. Die Regierungsrätin führt aus, es gebe nicht bei allen Departementen so viele Konzepte ausserhalb der RRL wie beim DEK. Deshalb sei nur ein kleiner Teil zur Kultur in die RRL hineingeflossen; sie verweist auf das umfassende Kulturkonzept 2019-2022. Der Stellenwert sei deshalb nicht geringer.

S. 37, 5.3.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)

"Der Kanton setzt das Öffentlichkeitsprinzip um."

keine Bemerkungen

25/34

"Der Kanton überprüft die Strukturen des Kinderschutzes, insbesondere im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt."

Die Polizei, die Staatsanwaltschaft, aber auch die Beistandschaften stellen bei häuslicher Gewalt fest, dass oftmals die darin involvierten Kinder vergessen gehen. Entsprechend sind die Kinder längerfristig traumatisiert und erleiden Folgeschäden. Andere Kantone haben dazu Programme und Projekte realisiert. Bei uns ist in erster Linie die KESB dafür verantwortlich. Wenn die Probleme jedoch nicht bei der KESB ankommen, kann diese auch nicht eingreifen. Es wird nun geprüft, wie wir im Kanton Thurgau die Situation im Kinderschutz verbessern könnten. Dies zusammen mit der KESB, der Beistandschaften und der Pflegekinder- und Heimaufsicht.

"Der Kanton plant eine Erweiterung des Kantonalgefängnisses."
keine Bemerkungen

"Der Kanton erarbeitet das kantonale Integrationsprogramm (KIP) 2^{bis} und schliesst eine entsprechende Vereinbarung mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) ab."
keine Bemerkungen

"Der Kanton prüft ein Integrationsfinanzierungsgesetz unter Einbezug bestehender anerkannter Ausbildungen."

Gemäss Regierungsrätin ist die Integration eine Verbundaufgabe, wobei die Kosten aktuell mehrheitlich vom Kanton getragen werden. Es muss geklärt werden, welches Departement für welche Kosten verantwortlich ist. Der grösste Teil der Gelder wird uns vom Bund zugesprochen, die dann an die zuständigen Departemente verteilt werden. Andere Kantone kennen einen Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden. Es geht darum zu prüfen, ob allenfalls auch die Gemeinden in die Finanzierung miteinbezogen werden können. Dieses Ziel hat für die Regierungsrätin allerdings zweite Priorität.

"Der Kanton fördert die freiwillige Rückkehr von ausreisepflichtigen Personen und vollzieht Rückführungen konsequent."

Gemäss Regierungsrätin handelt es sich einerseits um die konsequente Umsetzung des Landesverweises im Bereich des Ausländer- und Integrationsgesetzes. Das hat sich mittlerweile etabliert, obwohl die Umsetzung nicht immer einfach ist. Andererseits handelt es sich im Asylwesen um die kantonale Nothilfestrategie. Diese gilt für Personen, welche einen Negativentscheid erhalten haben, aber nicht freiwillig ausreisen. Diese Strategie wurde überarbeitet und wird im Frühjahr 2021 definitiv in Kraft gesetzt. Diese Strategie gilt in Zukunft, wenn es darum geht, abgewiesene Asylpersonen des Landes zu verweisen.

"Der Kanton schliesst die erkannten Lücken in den Bereichen Prävention, Einsatzbewältigung, Cybercrime und Gewaltschutz."

Gemäss Regierungsrätin geht es um die erkannten Lücken in polizeilichen Belangen. Bei der Prävention geht es um Gewaltprävention. Hier wurde eine Fachstelle Gewaltschutz geschaffen. Diese ist operativ tätig und macht Gefährderansprachen. Der zweite Bereich der Gewaltprävention arbeitet auf strategischer Ebene und erstellt Konzepte. Dann gibt es auch die sogenannten "Brückenbauer", welche speziell ausgebildet und für

Menschen mit Migrationshintergrund zuständig sind. Ferner gibt es noch Jugendpolizisten "Jupos", welche eingesetzt werden, wenn Themen mit den Jugendlichen im Vordergrund stehen. Diese Bereiche lagen bis anhin etwas brach und sollen nun verstärkt werden. Bei der Einsatzbewältigung geht es darum, dass man eine verstärkte Aus- und Weiterbildung betreibt in den verschiedenen Spezialformationen der Polizei. Im Bereich Cybercrime ist es schwierig, gute und erfahrene Personen zu rekrutieren. Deshalb erfolgt eine gute Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem Bund. Der Bund seinerseits hat informiert, dass er in regionalen Zentren Fachspezialisten den Kantonen zur Verfügung stellen wird. Es ist aber klar, dass jedes Korps selbst über eine gewisse Anzahl Cyberspezialisten verfügen muss. Jedes Gewaltverbrechen hinterlässt digitale Spuren, welche ausgewertet werden müssen. Bei den ganz grossen Fällen muss jedoch auf Spezialisten zurückgegriffen werden können, die sich der Kanton nicht leisten und auch kaum rekrutieren kann. Angesprochen auf die aufgehobene Koordinationsstelle des Bundes zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) und der Delegation dieser Aufgaben an die Kantone hält die Regierungsrätin fest, dass an der letzten Konferenz der KKJPD Klarheit bestand, dass man den Bund beauftragt, zusammen mit den Kantonen, solche Cyber-Zentren zu errichten. Es handelt sich um eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen.

"Der Kanton setzt die empfohlenen Massnahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus in der Zuständigkeit des Departementes um."

Gemäss Regierungsrätin hat sich der Bund aufgrund der verschiedenen Ereignisse im In- und Ausland der Thematik Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus angenommen. Im Herbst 2015 hat er eine nationale Strategie erlassen mit verschiedenen Bereichen, u.a. der Prävention. Dieser Nationale Aktionsplan (NAP) ist der Prävention gewidmet. Darin enthalten sind 25 Massnahmen, welche die Departemente DFS, DEK und DJS betreffen. Es handelt sich dabei nicht nur um Empfehlungen. Der Bund hat den Anspruch, dass wir diese Massnahmen umsetzen. In diesem Zusammenhang geht es auch um eine bessere Vernetzung mit den anderen Polizeicorps und dem Fedpol.

"Der Kanton realisiert das neue Raum- und Standortkonzept für die Kantonspolizei." In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, warum die geplanten zusätzlichen Mittagstouren nicht umgesetzt worden sind. Gemäss Regierungsrätin hätten die neu geplanten Zusatztouren über die Mittags- und Abendstunden die Polizei an den Anschlag gebracht, weshalb vorerst darauf verzichtet wird. Der Grund dafür ist, dass die Regionalpolizei ohne die geplante Aufstockung noch nicht über genügend Ressourcen verfügt. Die ganze Reorganisation bei der Polizei hat viele Auswirkungen. Das Stammhaus mit dem Kommando muss umgebaut werden. Aufgrund der Aufstockung des Korps wird zudem mehr Platz benötigt. Die Verkehrspolizei ist bereits nach Weinfelden in das LIDL-Gebäude umgezogen. Der Polizeiposten in Frauenfeld zieht vom Bahnhof an den Marktplatz. Als nächster Schritt ist der Ausbau des Polizeigebäudes in Frauenfeld vorgesehen. Darüber gibt es bereits eine Machbarkeitsstudie. Da auch der Ausbau des Kantonalgefängnisses (KG) geplant ist und die Staatsanwaltschaft und das Amt für Justizvollzug ebenfalls darin involviert sind, hat sich das Projekt etwas verzögert. Zuerst muss nun der

27/34

Ausbau des KG geklärt werden, bevor die Planung des Polizeigebäudes weitergeführt wird. Im Hinter- und Oberthurgau ist hingegen nichts geplant.

"Der Kanton revidiert das Gesetz über die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen." Diese Massnahme ist im Rahmen des Schwerpunkts drei gemäss Regierungsrätin Priorität. Es wurde in der Coronazeit festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht. Es fehlt z.B. die "besondere Lage". Die "normale" und die "ausserordentliche Lage" sind definiert. Auch die Abstimmung im Kantonalen Führungsstab betreffend Lead war nicht immer einfach.

"Der Kanton erhöht die Trainingsintensität zur gemeinsamen Ereignisbewältigung von Polizei, Feuerwehr, Sanität und Zivilschutz." In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, wo diese Trainingsintensität stattfinden soll? In der gemeinsamen Anlage in Bernhardzell oder innerhalb des Stützpunktfeuerwehrgebietes, was sinnvoll sein könnte? Gemäss Regierungsrätin ist man in der Planung noch nicht so weit. Aus den schweizweiten Sicherheitsverbundübungen 14 und 19 wurde die Erkenntnis gewonnen, dass die Trainingsintensität für solche Ereignisbewältigungen forciert werden muss. Bei diesen beiden Übungen ging es um Terroranschläge und Strommangellagen, und das Zusammenspiel der verschiedenen Organisationen war verbesserungswürdig. Es sind nun kantonsintern weitere Übungen geplant. Angedacht ist auch eine Übung zusammen mit dem ASTRA, bei welcher ein grösserer Verkehrsunfall auf einer Nationalstrasse vorgesehen ist.

S. 37, 5.3.3.5 Departement für Bau und Umwelt (DBU)

"Der Kanton führt den digitalen Baugesuchs- und Planungsgeschäftsprozess ein." Gemäss Regierungsrätin wird die Digitalisierung dieser Prozesse innerhalb der kantonalen Verwaltung im Rahmen des Projektes BOA bearbeitet. Diese sind seit dem 1. Oktober 2020 eingeführt. Bis Ende Projekt werden noch kleinere Anpassungen und Verbesserungen umgesetzt. Der Einbezug der Gemeinden und Bauherren soll Bestandteil des Projektes Geo2020 werden, wo das DBU im Lenkungsausschuss vertreten ist. Endziel ist ein durchgängiger Prozess vom Gesuchsteller über die Gemeinde bis zum Kanton und auch wieder zurück."

"Der Kanton baut weitere 150 Bushaltestellen behindertengerecht um." Gemäss Regierungsrätin soll diese Massnahme im Rahmen von Strassenbauprojekten umgesetzt werden. Es gibt über 300 Bushaltestellen, die für Menschen mit Beeinträchtigungen schwierig sind. Es geht um Bushaltestellen an Kantonsstrassen. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass man den technischen Fortschritt immer genau im Auge behalten solle. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, warum Bushaltestellen vermehrt auf Strassen statt in Buchten umgesetzt werden. Gemäss Regierungsrätin ist oft der Platz für eine Bucht nicht vorhanden, zudem müssen die Busse ihre Fahrpläne einhalten können.

28/34

"Der Kanton prüft die Schaffung einer Rekurskommission als erste Rechtsmittelinstanz im Bau-, Planungs- und Umweltrecht."

Gemäss Regierungsrätin geht es bei den Rekursen oft um Fragen, die die DBU-Ämter betreffen. Es stellt sich deshalb latent die Frage der Unabhängigkeit. Es geht um bis zu 300 Rekurse im Jahr. Es wird deshalb geprüft, ob eine Rekurskommission, wie man es im Bereich Steuerangelegenheiten oder Strassenverkehrssachen kennt, zielführend wäre. Vorteil der heutigen Situation ist die Nähe zu den Fachthemen und die einfache Kommunikation, Nachteile sind die Nähe zur Verwaltung und das Gefühl der Befangenheit. Die Befangenheitsthemen nehmen in den Klageschriften zu."

S. 37, 5.3.3.6 Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

"Der Kanton trägt Sorge zu seinem Vermögen und setzt Sondervermögen gezielt zugunsten des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein."

keine Bemerkungen

"Der Kanton erhöht die Frauenquote in Führungsfunktionen und stellt die Chancengleichheit und Gleichstellung in der KVTG sicher."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob eine konkrete Quote angestrebt wird. Gemäss Regierungsrat ist das nicht der Fall. Auf der Führungsebene seien 40-60% in die eine oder andere Richtung sinnvoll. Dieselbe Thematik gebe es auch in den Ämtern. Je nach Aufgabengebiet sehe die Situation so oder so aus. Der gesunde Mix in beide Richtungen mache es aus, und irgendwo in der Mitte sollten sich die Verhältnisse einpendeln, ohne konkrete Quoten festzulegen.

"Der Kanton strebt einen ausgeglichenen Finanzhaushalt bei abnehmender oder gleichbleibender Staatsquote an."

keine Bemerkungen

"Der Kanton nimmt bei der integrierten Vorsorge und Versorgung im Gesundheitswesen eine Vorreiterrolle ein."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert die Eigenverantwortung von Bevölkerungsgruppen, die höhere Krankheitsrisiken und geringere Gesundheitschancen aufweisen."

In der Kommission wird die Frage aufgeworfen, wie das konkret geschehen soll. Gemäss Regierungsrat geht es vor allem um Informationskampagnen. Es sind aber nicht nur Kampagnen mit ein paar Plakaten. Es geht um Flyer beim Hausarzt oder im Spital, die nicht nur in den vier Landesprachen, sondern in allen möglichen Sprachen verfasst sind. Es gibt sie zu Rauchen, Zucker, Übergewicht und Sportbewegung. Es geht vor allem um Personen mit Migrationshintergrund, die eine Landessprache zum Teil nicht gut beherrschen.

29/34

"Der Kanton optimiert den niederschweligen Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur psychischen Gesundheit."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert die Suizidprävention, damit die Suizidrate im Kanton Thurgau unter den schweizerischen Durchschnitt sinkt."

Gemäss Regierungsrat ist nicht klar, warum die Suizidrate im Thurgau als einzigem Kanton der GDK-Ost über dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Die Prävention erfolgt über die Perspektive. Diese ist eine Institution, die vom Kanton und den Gemeinden getragen wird. Es ist sehr wichtig, dass dieses niederschwellige Angebot unentgeltlich und einfach zugänglich ist. Man kann einfach ins Gebäude der Perspektive hineingehen und um Hilfe bitten. In der Perspektive wird man an die richtigen Leute weiterverwiesen. In der Kommission wurde angeregt, dieses Angebot breiter bekannt zu machen.

"Der Kanton zieht die Erkenntnisse aus der Corona-Krise und überarbeitet seinen Pandemieplan."

Gemäss Regierungsrat gibt es einen Pandemieplan des Bundes, der rein auf Influenza ausgerichtet ist und aus dem Jahr 2016 stammt. Der Kanton hatte den Auftrag, diesen zu überarbeiten, aber die Überarbeitung hat aus verschiedenen Gründen gestockt. Im Moment ist es so, dass der Kanton Thurgau schweizweit Neuland beschreitet. Dies, weil alle Kantone die Überarbeitung der Pandemiepläne mehr oder weniger liegen gelassen haben. Ziel ist, dass Mitte Jahr einen überarbeiteten Pandemieplan vorliegt, der in zwei Teile aufgeteilt ist. Der eine Teil ist der medizinische Teil, indem im Moment in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich eine Risikomatrix über mögliche Pandemien, die auftreten können, erstellt wird und angibt, welche medizinischen Handlungen in Abhängigkeit von der auftretenden Pandemie erfolgen müssen. Der zweite Teil ist kantonsintern der Führungsteil. Hier stellt sich je nach Lage, in der man sich befindet die Frage, welche Führungsstrukturen wie und wo wirken müssen.

"Der Kanton führt ein ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement in der KVTG ein."

keine Bemerkungen

"Der Kanton fördert und setzt Anreize für die nachhaltige berufliche und soziale Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen."

Gemäss Regierungsrat ist man im Moment in der dritten Etappe in der Neuorganisation des Asylbereichs. Es geht um die Frage, wie die Integration stattfinden soll. Heute wird dies in den Durchgangsheimen von der Peregrina-Stiftung verantwortet, und wenn es dann in die Gemeinden geht, läuft es über das Migrationsamt. Hier ist die Frage, ob man das an der einen oder anderen Stelle vereinheitlicht und wo die Sozialhilfeleistungen ausgerichtet werden sollen. Heute richtet diese ebenfalls die Peregrina-Stiftung in den Durchgangsheimen für die Personen aus, die dort sind. Und es ist die Frage, ob das weiterhin so sein soll, oder ob das künftig die Gemeinden machen sollen.

30/34

"Der Kanton unterstützt Menschen mit Beeinträchtigung zur Führung eines selbstbestimmten Lebens im privaten häuslichen Umfeld."

keine Bemerkungen

"Der Kanton prüft den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit einer Organisation im Bereich der Nachbarschaftshilfe."

Gemäss Regierungsrat soll dieses Thema, wie es vom Parlament aufgebracht worden ist, vertieft geprüft werden. Die Modelle, die in der Beantwortung des Vorstosses von der Regierungsseite her präferiert sind, sind solche, die auf Eigeninitiative, einer Genossenschaft oder einem Verein basieren. Hier soll unterstützt werden, damit sie im Sinn einer Starthilfe starten können und nachher eigentlich ein Selbstläufer sind. Eine Leistungsvereinbarung würde wahrscheinlich heissen, dass das nicht vom Kanton selber gemacht wird, sondern dass man eine Organisation beauftragen würde, solche Starthilfen und Unterstützung in einer Startphase zu geben.

"Der Kanton setzt die Erkenntnisse des Lohnberichts um."

Gemäss Regierungsrat wurde vor etwa zwei Wochen im Regierungsrat ein Beschluss basierend auf den Erkenntnissen des Lohnberichts gefasst. Das Projekt "Lohnbericht" soll durch ein Folgeprojekt abgelöst werden, in dem alle personalpolitischen Massnahmen in einem Projektausschuss angeschaut und begleitet werden. Es geht um verschiedene Punkte wie Lohngleichheit, Attraktivität, Lohnnebenleistungen wie auch Fragen zu Beurteilungssystem, Flexibilisierung Pensionsalter und so weiter. Das ist quasi die Steuerungsgruppe, die sich vierteljährlich trifft und den Fortschritt in den einzelnen Teilprojekten, in denen wiederum Personen aus den einzelnen Organisationen sind, beobachtet und je nach Erfordernis dem Regierungsrat Anträge für konkrete Massnahmen stellt. Dies im Zeitraum der nächsten eineinhalb Jahre.

"Der Kanton setzt das Geriatrie- und Demenzkonzept unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels um."

keine Bemerkungen

S. 40, 5.4 Schwerpunkt 4: Aussenwirkung und -wahrnehmung schärfen

S. 40, 5.4.3.1 Staatskanzlei (SK)

"Der Kanton stärkt seine institutionelle und informelle Vernetzung sowie die politische Einflussnahme durch die Übernahme von Mandaten."

Gemäss Staatschreiber handelt es sich dabei um Funktionen in internationalen, interkantonalen aber auch regionalen Gremien. Eine entsprechende Liste soll im Internet aufgeschaltet werden. Aufgrund der Einsitznahme in diesen Gremien hat man einerseits einen Informationsvorsprung, andererseits die Möglichkeit zur Mitgestaltung.

31/34

"Der Kanton unterstützt mit gezielter Initiierung und Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten die überregionale Entwicklung."

Der Staatsschreiber nennt als Beispiel aus der Vergangenheit die Beteiligung des Kantons Thurgau am Projekt "Fachhochschule OST", wo die Ostschweizer Fachhochschulen in einem neuen Verbund zusammengefunden haben. Ansonsten gibt es im Rahmen der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) viele kleinräumige Projekte (Interreg-V-Projekte).

"Der Kanton unterstützt mit einer aktiven Kommunikation die bessere Wahrnehmung des Thurgaus."

Gemäss Staatsschreiber ist es wichtig, dass der Kanton über seine Arbeit noch aktiver berichtet: „Tue Gutes und sprich darüber.“ Ziel des Informationsdienstes ist es, den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung noch besser zu unterstützen, dies unter vermehrtem Einbezug der Social-Media-Kanäle. Grundsätzlich werden die Arbeiten intern mit den fünf Personen im Informationsdienst erledigt.

S. 40, 5.4.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)

"Der Kanton unterstützt den Verein Smarter Thurgau bei Projekten zur Weiterentwicklung der Netzinfrastruktur und zur Stärkung der Versorgungssicherheit."

In der Kommission wurde die Fokussierung auf den Verein „Smarter Thurgau“ problematisiert, ebenso dessen mangelnde Transparenz. Der Regierungspräsident führte aus, der Verein sei eine private Initiative, deren Ziele einen grossen direkten Nutzen, insbesondere für die Bevölkerung und die Thurgauer Wirtschaft, versprechen würden. Die Finanzierung sei grösstenteils privat. Es gebe aber noch Klärungsbedarf mit den anderen Partnern. Der Verein plane zudem eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

"Der Kanton betreibt ein proaktives Standortmarketing für den Werkplatz Thurgau zur Gewinnung von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften."

Der Regierungsrat hat sich für die Standortpromotion bewusst für die weitere Zusammenarbeit mit der SG-Bodensee-Area (SGBA) entschieden. Es geht auch um die Bündelung der Ostschweizer Kräfte. An der ablehnenden Haltung des Regierungsrats bezüglich Metropolitanraum St. Gallen Bodensee hat sich jedoch nichts geändert. Der Thurgau ist der Ansicht, dass die Voraussetzungen für einen solchen Metropolitanraum St. Gallen Bodensee gar nicht gegeben sind. In der Kommission wurde vereinzelt angeregt, sich auch um die bereits im Thurgau ansässigen Firmen adäquat zu kümmern. Generell gehe es um qualitativ möglichst gute Unternehmen.

"Der Kanton unterstützt Thurgau Tourismus bei der Positionierung des Kantons und begleitet Tourismusprojekte im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP)."

Der Regierungspräsident sieht im Tourismus ein grosses Potential. Irgendwann kommt aber der Punkt, an dem sich wieder die Frage nach der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung von Tourismusabgaben stellen wird. In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob es auch Fördermöglichkeiten für Private gebe, was der Regierungspräsident bejahte.

32/34

"Der Kanton unterstützt Projekte der Land- und Ernährungswirtschaft Ostschweiz in Bereichen wie Pflanzenschutz, Smart Farming, Energie und Vermarktung."
keine Bemerkungen der Kommission

"Der Kanton wird mit den Schul- und Versuchsbetrieben Güttingen und Tänikon im Forschungsbereich über die Kantonsgrenzen hinaus wahrgenommen."
In der Kommission wurde die offenere Formulierung dieser Massnahme angeregt, da Güttingen und Tänikon auch im nahen Ausland wahrgenommen würden, was vom Regierungspräsident bestätigt wurde.

Gemäss Regierungspräsident wird das Konzept Arenenberg 2024 nun umgesetzt. Es geht um die Weiterentwicklung des Arenenbergs als Gesamtes, um die Nutzung von Synergien. Ziel ist auch, einen besseren Kostendeckungsgrad in der Hotellerie zu erreichen und gleichzeitig die landwirtschaftlichen Kernelemente beizubehalten.

S. 41, 5.4.3.3 Department für Erziehung und Kultur (DEK)

"Der Kanton akzentuiert in der Kommunikation sein Engagement und seine Leistungen im Bereich Kind, Jugend und Familie."
keine Bemerkungen

"Der Kanton stärkt den Wissenschafts- und Bildungsstandort Kreuzlingen-Konstanz als Leuchtturm der grenzüberschreitenden Kooperation (z.B. Digital Campus)."
keine Bemerkungen

"Der Kanton tritt als Mitträger der OST – Ostschweizer Fachhochschule als selbstbewusster Akteur im Ostschweizer und Schweizer Hochschulraum auf."
In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Gemäss Regierungsrätin ist der Kanton Thurgau Mitträger der OST. Die Regierungsrätin vertritt die Interessen des Thurgaus auf der politischen Ebene. Der Amtschef Urs Schwager mit langjähriger Erfahrung in diesem Bereich ist im neuen Hochschulrat der OST vertreten. Weiter im Hochschulrat ist Agnes König; sie ist Pflegedirektorin im Kantonsspital Münsterlingen, womit auch die Wirtschaft entsprechend vertreten ist. Weiter sind Thurgauer Persönlichkeiten in Standortbeiräten der OST vertreten.

"Der Kanton unterstützt einen überregionalen Bildungsstandort im Bereich der überbetrieblichen Kurse (Bildungs-Campus üK)."
keine Bemerkungen

"Der Kanton macht Sportveranstaltungen, hervorragende Leistungen von Einzelsportlerinnen und -sportlern sowie besondere Vereinsleistungen medial publik."
keine Bemerkungen

33/34

"Der Kanton fördert ein kulturelles Angebot von hoher Qualität und mit Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen hinaus."

keine Bemerkungen

"Der Kanton behält das hohe Niveau im Bereich der Vermittlung und Erschliessung archäologischer Funde und Befunde als historische Quellen."

Keine Bemerkungen.

S. 41, 5.4.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)

"Der Kanton initiiert ein Pilotprojekt für die Einführung eines Betriebskontinuitätsmanagement (Business Continuity Management)."

Es handelt sich gemäss Regierungsrätin um die prioritäre Massnahme in diesem Schwerpunkt. In einer ausserordentlichen Lage müssen die Dienstleistungen der Verwaltung und eine beschlussfähige Regierung gewährleistet sein. Das Positive an Corona war, dass innerhalb kürzester Zeit Verzichtsplanungen in allen Departementen und Ämtern vorzunehmen waren. Es ist jetzt Aufgabe des ABA und der Staatskanzlei, diese weiter zu entwickeln und entsprechend festzuhalten.

"Der Kanton intensiviert die Öffentlichkeitsarbeit."

Gemäss Regierungsrätin hat das DJS oft mit negativen Themen unseres gesellschaftlichen Lebens zu tun. Deshalb möchten die Regierungsrätin in Zukunft vermehrt auch die positiven Seiten des Departementes aufzeigen. In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob auch mehr Werbung für die Polizeiarbeit gemacht werden muss, dies im Hinblick auf die Rekrutierung von Nachwuchs und der allgemeinen Imagepflege. Gemäss der Regierungsrätin ist Werbung nötig und wird auch gemacht. Interessenten für die Polizeiausbildung gäbe es zwar genug, doch die Hürde der Prüfung sei relativ hoch.

S. 41, 5.4.3.5 Departement für Bau und Umwelt (DBU)

"Der Kanton konkretisiert seine Positionierung im Raumkonzept Schweiz."

Gemäss Regierungsrätin hat der Bund auch für die Schweiz ein Raumkonzept erarbeitet und Handlungsräume dargelegt. Am Anfang war dies als Orientierungshilfe gedacht. Mittlerweile stützt der Bund aber in verschiedenen Bereichen darauf ab. Der Thurgau muss daher das Raumkonzept Schweiz sorgfältig anschauen um zu verhindern, dass der Kanton falsch dargestellt wird, da daraus auch Sachen abgeleitet werden.

S. 41, 5.4.3.6 Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

"Der Kanton benutzt die Marke «Thurgau» zur Schärfung seines Images."

Gemäss Regierungsrat geht es nicht per se um das Image des Kantons, sondern um das Image des Kantons als Arbeitgeber. Ersichtlich ist das zum Beispiel bei den Stelleninseraten in den Zeitungen mit den Schlagwörtern wie Segeltörn etc.

34/34

"Der Kanton stärkt die KVTG als attraktiver und zukunftsgerichteter Arbeitgeber mit der Kultur der kurzen Wege und der effizienten Verwaltung."

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, wie die Erreichung dieser Massnahme kontrolliert werden kann. Der Regierungsrat verweist auf die Statistik der Anzahl Mitarbeitenden in der Kantonsverwaltung je 10'000 Einwohner. Die Wege sind im Thurgau wirklich kurz. Wenn ein normaler Bürger ein Gespräch mit einem Regierungsrat will und dies einigermaßen normal aufgleist, dann funktioniert das innert nützlicher Frist.

Stachen/Arbon, den 13. Februar 2021

Der Kommissionspräsident

Dominik Diezi

Beilagen:

1. Beschlussesentwurf der vorberatenden Kommission
2. Strategie Thurgau 2040

**Beschluss des Grossen Rates
über die Richtlinien des Regierungsrates für die Regierungstätigkeit in der
Legislaturperiode 2020 – 2024**

vom

Von den Richtlinien des Regierungsrates für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2020 - 2024 wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates